Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M.; die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M., abzüglich 5% Krisenrabatt. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 107 — Dienstag, 9. Mai 1933 — 41. Jahrgang

Kongreß der Deutschen Arbeitsfront Mittwoch

Große Rede Adolf Hitlers in Kiel — Das tragische Ende des Abgeordneten Oberfohren — Führerwahl im Zentrum

Schachts Besprechungen

× Washington, 8. Mai. (Durch Funkspruch)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht nimmt im Laufe des heutigen Tages die sachlichen Besprechungen über die Wirtschaftsfragen auf. Wie verlautet, wird er in der Frage des Zollwaffenstillstandes und der Zulassung von Silber als Zahlungsmittel den amerikanischen Wünschen weitestmöglich entgegenkommen. Im übrigen wird er die Lage Deutschlands eingehend schildern und den deutschen Standpunkt zu den Problemen der Weltwirtschaftskonferenz darlegen.

Botschafter Dr. Luther gibt am Montag abend ein Essen für Staatssekretär Hull und Dr. Schacht. Am Dienstag abend wird Dr. Luther einen Empfang veranstalten, zu dem hervorragende Politiker und Journalisten eingeladen sind. Dr. Schacht wird auf diesem Empfang über die Ziele der Reichsregierung sprechen.

Rundfunkbotschaft Roosevelts

× Washington, 8. Mai. (Reuter.) In einer Rundfunkansprache an die amerikanische Nation äußerte sich Präsident Roosevelt, nachdem er das Farmerhilfsgesetz und das Goldausfuhrverbot gesetzlich hatte, auch über seine Besprechungen mit den ausländischen Vertretern, die der Förderung der Abrüstungsfrage und der wirtschaftlichen Stabilierung gedient hätten. Die Besprechungen seien auf vier große Ziele gerichtet gewesen:

1. Allgemeine Verminderung der Rüstungen, dadurch Beseitigung der Furcht vor bewaffnetem Angriff und Verminderung der Rüstungsausgaben;

2. Verminderung der Handelshindernisse;

3. Stabilierung der Währungen;

4. Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen und größeren Vertrauens zwischen allen Nationen.

Der Präsident schloß: „Die amerikanische innere Lage ist unlöslich verbunden mit den Zuständen, die bei allen andern Nationen herrschen. Eine Wohlfahrt in den Vereinigten Staaten wird nur von Dauer sein, wenn wir eine Rückkehr der Wohlfahrt in der ganzen Welt erlangen."

Die Kriegsschuldenfrage erwähnte der Präsident in seiner Rundfunkbotschaft nicht.

Führertagung des Stahlhelms

* Halle, 8. Mai

Mehrere tausend Stahlhelmführer des Landesverbands Mitteldeutschland traten hier zu einer Führertagung zusammen, auf der Landesführer Hauptmann a. D. Hüttner erklärte, daß alles darauf ankomme, den Landesverband fest und geschlossen zu erhalten, um dem obersten Führer der Deutschen, Adolf Hitler, eine wertvolle Truppe zur Verfügung stellen zu können. Der Brief Hitlers an Franz Seldte, in dem die Ueberzeugung zum Ausdruck komme, daß der Bund der beiden Verbände (feldgraue und braune Front) für alle Zeiten unerschütterlich sei, lasse erkennen, daß der Reichskanzler die Daseinsnotwendigkeit des Stahlhelms sowie die Gleichwertung seiner Mitglieder anerkenne. Somit sei auch die Bekundung von Rudolf Heß, dem Stellvertreter Adolf Hitlers, verständlich, die besage, daß eine Doppelmitgliedschaft beim Stahlhelm und bei der NSDAP. nicht zulässig sei. Sie sei überflüssig, da die Mitglieder beider Verbände in gegenseitiger Hochachtung und Wertschätzung unter Hitlers Führung zum Nutzen des deutschen Volkes handeln.

Weiter erklärte der Redner: Die gesamte Lage Deutschlands erfordere die Erhaltung und Stärkung des Stahlhelms, Jungstahlhelms und Scharnhorsts als Wehrverbände. Der Landesführer richtete daher einen dringenden Appell an alle Wehreinheiten, sich weiterhin selbstlos in den Dienst des Stahlhelms zu stellen. Jede parteipolitische Erörterung sei aus den Reihen des Landesverbandes zu verbannen, die Ausbildung und Ausrüstung der Einheiten mit aller Kraft zu betreiben. Die dem Stahlhelm eigene Disziplin sei sein höchstes Gut. — Die Führerschaft des mitteldeutschen Stahlhelms stellte sich einmütig hinter die Erklärungen des Landesführers.

Die Neuorganisation der Arbeit

VDZ. Berlin, 8. Mai. (Durch Funkspruch)

Zu dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront, der am Mittwoch dieser Woche im Sitzungssaale des Preußischen Staatsrates stattfindet, sind jetzt die Einladungen ergangen. Der Kongreß tritt um 17 Uhr zusammen. An ihm werden rund 400 Delegierte aus dem ganzen Reich teilnehmen. Da der Sitzungssaal des Staatsrates nur etwa 300 Sitze umfaßt, sind 100 Notsitze in den Saal für den Kongreß neu eingebaut worden. Der Sitzungssaal wird außerdem für den Kongreß festlich geschmückt. Die 400 Delegierten setzen sich aus Vertretern der NSBO. und der bisherigen Gewerkschaftsrichtungen zusammen. Frauen nehmen an dem Kongreß nicht teil.

Als Ehrengäste werden dem Kongreß der Arbeitsfront das Diplomatische Korps, die gesamte Reichsregierung, die Reichsstatthalter und die Ministerpräsidenten der Länder beiwohnen. Als Vertreter des Reichspräsidenten nehmen Staatssekretär Meißner und Oberst v. Hindenburg an dem Kongreß teil. Auf den Tribünen werden außerdem Arbeiterabordnungen aus dem Saargebiet, aus Danzig und Oesterreich Platz nehmen. Ferner sind als Gäste eingeladen die Gauleiter der NSDAP., die Amtsleiter der Reichsparteileitung, die Vertreter der SA. und SS. und der verschiedenen deutschen Stände. Der Kongreß tagt unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Schmeer. Er wird eingeleitet mit einer kurzen Erklärung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, der den Reichskanzler bitten wird, die Schirmherrschaft über die Deutsche Arbeitsfront zu übernehmen. Dann spricht Reichskanzler Hitler zur Deutschen Arbeitsfront.

Die deutsche Angestelltenfront

× Bremen, 8. Mai

Auf einem Gautag des Gaues Niedersachsen im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in Bremen machte der Verbandsführer Milzow einige grundsätzliche Ausführungen über die künftige Gestaltung der deutschen Angestelltenfront. Er sagte u. a., daß der Aufbau der großen nationalen Angestelltensäule nach berufsständischen Methoden erfolgen müsse. Es werde nichts zerstört werden, was in langer Arbeit organisch gewachsen sei. Die Einheit der Angestelltensäule werde in der gleichen geistigen Führung bestehen mit einer gemeinsamen weltanschaulich nationalen und sozialistischen Grundlage. Dabei sei nicht ausgeschlossen, daß einzelne Angestelltenverbände in andern Berufsorganisationen aufgehen könnten.

Dollfuß sucht das Rad der Zeit aufzuhalten

Telegramm unsres Korrespondenten

fd. Wien, 8. Mai

Es war aus mehrfachen Ankündigungen christlichsozialer Parteiführer und der christlichsozialen Presse bereits seit Tagen erkennbar, daß dem Bundesparteitag der Christlichsozialen, der von Freitag bis Sonntag in Salzburg abgehalten worden ist, große Bedeutung für die innen- und außenpolitische Entwicklung der österreichischen Politik zukommen werde. Diese Ankündigungen sind wahrgemacht worden: der Parteitag hat sowohl in programmatischer als in praktischer Hinsicht volle Aufklärung über die Richtung gebracht, in der sich die österreichische Regierungspolitik — die ja in maßgebender Weise von der Christlichsozialen Partei beeinflußt wird — in der nächsten Zeit bewegen wird.

In programmatischer Hinsicht wurde mit aller nur denkbaren Deutlichkeit und mit bewußter und scharfer Abgrenzung gegenüber Deutschland der Begriff des „Oesterreichertums" in den Vordergrund gerückt. Die „Reichspost", die getreu ihrer bisherigen Haltung und getreu der hämischen Kritik, die sie Dr. Schober stets angedeihen ließ, die neue Linie der Regierungspolitik mit Enthusiasmus begrüßt, spricht von einer „Wiedergeburt des Oesterreichertums", von der Selbstverständlichkeit, daß „der Oesterreicher vor allem österreichisch zu fühlen und zu handeln hat".

Es besteht kein Zweifel, daß dieses programmatische Ziel auch zu praktischen Folgerungen führen wird, die sich insbesondere gegenüber dem von der österreichischen Nationalsozialistischen Partei vertretenen Anschlußgedanken wirksam machen werden. Auch in dieser Beziehung hat der christlichsoziale Parteitag vollen Aufschluß gebracht, indem Bundeskanzler Dr. Dollfuß gleich in seinen Begrüßungsworten erklärte: „Wir wollen heute stärker denn je und ungehinderter denn je Oesterreich wieder betonen, Oesterreich als unsre Heimat, die frei und unabhängig zu erhalten das einzige Ziel unsrer Arbeit ist."

Alle Reden auf diesem Parteitag waren auf die gleiche Note gestimmt.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß verteidigte diese Politik, die — unter Anrufung der Hilfeleistung des Völkerbundes — zum Vertrag von Lausanne geführt hat und behauptete noch einmal (ohne daß er durch diese Wiederholung jemanden überzeugen könnte — die Red.), daß Oesterreich im politischen Teil dieses Vertrages nichts andres zugestanden habe als die Versicherung, daß es ein unabhängiger Staat sei und bleiben wolle. Im innenpolitischen Teil der Rede des Bundeskanzlers ist besonders die Ankündigung hervorzuheben, daß alle Neuwahlen zu Gemeindevertretungen für die nächsten sechs Monate untersagt sind, und daß eine Reform der Verfassung bevorstehe, bei der neben einem Ständerat, dem die Wirtschaftsgesetzgebung obliegen werde, der Nationalrat sich auf Fragen von staats- und kulturpolitischer Bedeutung werde beschränken müssen. Heereseminister Vaugoin wurde sodann durch Zuruf einstimmig neuerlich zum Bundesparteiobmann gewählt.

Der Verrat von Neutomischel

× Berlin, 7. Mai

Der Verrat der deutschen Stadt Neutomischel in der Provinz Posen an die Polen ist noch immer ungesühnt. Am 9. Mai wird nunmehr der Prozeß vor dem Landgericht III Berlin erneut aufgerollt werden. Die rein deutsche Stadt ist nach den Aussagen namhafter deutscher Einwohner in den Januartagen 1919 beim Polenaufstand von deutschen Offizieren den Polen in die Hände gespielt worden. Einer dieser Offiziere, der Lehrer Anderson, der damals den Rang eines Leutnants bekleidete, ging zu den Polen über und kämpfte als Leutnant Andrzejewsky auf polnischer Seite gegen die deutschen Truppen. Später wurde er von den Polen ebenfalls abgeschoben und war dann bis jetzt Volksschullehrer in Frankfurt a. M. Der zweite dieser Offiziere, der Studienrat Werner aus Berlin-Steglitz, wurde in zahlreichen Broschüren und Büchern des Verrats der Stadt Neutomischel beschuldigt. Werner klagte gegen diese Vorwürfe, konnte aber in keinem Falle ein Urteil zu seinen Gunsten erreichen. Die früheren preußischen Kultusbehörden lehnten es ab, Werner zu beurlauben, obgleich die Akten des Kriegsgerichts schwer belastend für Werner waren. Werner ist nach der nationalen Erhebung sogleich von seinem Lehramt beurlaubt worden, und der neue Prozeß, der sich wiederum gegen Herybert Menzel wegen den Buches „Umstrittene Erde" richtet, wird darüber entscheiden, ob gegen Werner ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet wird.

Daluege Polizeichef von Preußen

× Berlin, 7. Mai

Der bisher als Kommissar z. b. V. tätige SS.-Gruppenführer Kurt Daluege wurde außer seiner bereits gemeldeten Ernennung zum Ministerialdirektor zum Leiter der Abteilung 2 des preußischen Ministeriums des Innern ernannt. Er ist damit Chef der gesamten preußischen Polizei.

Um die Reichswehr

In diesen Tagen geht es um die Existenz unsrer Reichswehr. Deutschland kämpft um die Erhaltung seines kleinen Verteidigungsheeres, das ihm der Vertrag von Versailles gelassen hat.

In Genf soll heute beschlossen werden, die erste Lesung des englischen Konventionsentwurfes zur Abrüstung nicht bis zu Ende durchzuführen, sondern sofort in eine zweite Lesung des Kapitels über die Heeresstärken einzutreten und eine Abstimmung über diese Frage zu erzwingen.

Man weiß ganz genau, daß Deutschland in der Frage der Heeresbestände wesentliche Einwände gegen Einzelheiten des englischen Vorschlages vorzubringen hat und gewisse Abänderungen und Ergänzungen beantragt. Der englische Konventionsentwurf sieht den Uebergang aller kontinentalen Heeresbestände zu einer Art Miliz vor. Deutschland kann diesen Weg nicht ohne starke Sicherungen betreten und muß vor allem eine überstürzte Umorganisation seiner Heeresverfassung ablehnen.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der amerikanische Delegierte Norman Davis wollen in dieser Woche nach Genf reisen, um wieder einmal einen „allerletzten" Versuch zu machen, die Abrüstungskonferenz zu „retten". Auf Kosten Deutschlands selbstverständlich! Durch ein Kompromiß, das die schwächsten Verhandlungspartner, nämlich die abgerüsteten Staaten Europas, am stärksten trifft. Frankreich soll seine Rüstungen, seine schweren Waffen, seine Festungen behalten, soll sein Heer nur ungenügend vermindern, seine Kolonialarmee soll als Berufsheer weiter bestehen bleiben. Deutschland dagegen soll sein kleines Verteidigungsheer zerschlagen, soll völlig auf jedes Berufsheer verzichten und soll durch eine überstürzte Umorganisation seiner Heeresverfassung für Jahre hinaus militärisch völlig lahmgelegt und verteidigungsunfähig gemacht werden.

Das ist der Plan, gegen den wir jetzt in Genf anzukämpfen haben. Das ist der Plan, der hinter dem heutigen gehässigen Artikel der Londoner „Times" steht, die Deutschland auf das maßloseste angreifen und verdächtigen.

In Versailles hat man uns im Jahre 1919 mit der Pistole in der Faust gezwungen, auf die Wehrpflicht zu verzichten und ein Berufsheer einzurichten. Jetzt sucht man uns, nachdem wir dieses Berufsheer mit vieler Mühe und vielen Kosten aufgestellt und ausgebaut haben, durch eine neue Erpressung eine Zerschlagung dieses Berufsheeres abzuzwingen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland diesen Plänen den stärksten Widerstand entgegensetzen muß. Deutschland läßt sich nicht verteidigungsunfähig machen. Deutschland läßt sich auch nicht zum Sündenbock für den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz machen. Deutschland ist bereit, bis auf den Nullpunkt abzurüsten, wenn alle andern Staaten das gleiche tun. Deutschland will nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine ehrliche und klare Gleichberechtigung.

Entweder alle Staaten rüsten ab, oder Deutschland bekommt die Freiheit, sein Verteidigungssystem nach genau denselben Grundsätzen auszugestalten, die für alle, auch die kleinsten Staaten Europas, gelten.

Th. Sch.

Ein Hetzartikel der „Times"

Telegramm unsres Korrespondenten

RV. London, 8. Mai

Heute machen die „Times" den Versuch, die deutsche Delegation in Genf für die Stockung der Abrüstungskonferenz verantwortlich zu machen. Die englische Presse versucht schon seit Tagen, der deutschen Delegation, die durch die grundsätzliche Annahme des englischen Kompromißvorschlags ein enormes Opfer gebracht hat, Obstruktion vorzuwerfen. Der englische Delegationsführer, Unterstaatssekretär Eden, der gestern nach einem kurzen Besuch in London wieder nach Genf abgereist ist, hat offenbar in führenden englischen Kreisen in dem Sinne berichtet, in dem sich die „Times" heute äußern: „Das Hindernis liegt mehr in Berlin als in Genf", schreibt das Blatt. „Die deutsche Regierung scheint nach ihrer kürzlichen Politik in Genf die Absicht zu haben, die Abrüstungskonferenz zum Stocken zu bringen. Die britische Delegation hat einen Ausweg gezeigt, indem sie einen Konventionsentwurf